



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 15. September 2011 (19.09)  
(OR. en)**

**14207/11**

**JAI 626  
GENVAL 90  
ECOFIN 580  
DATAPROTECT 94  
ENFOPOL 304**

**VERMERK**

---

des                   Vorsitzes  
für den             Rat

---

Nr. Komm.dok.: 12957/11 GENVAL 81 JAI 522 ECOFIN 523 DATAPROTECT 75  
ENFOPOL 245

---

Betr.:             Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat –  
Optionen für ein EU-System zum Aufspüren der Terrorismusfinanzierung  
(KOM(2011)429)  
– Orientierungsaussprache auf Ministerebene über das System zum Aufspüren  
der Terrorismusfinanzierung

---

**I. Hintergrund zur Mitteilung der Kommission**

Die Europäische Kommission hat am 13. Juli 2011 eine Mitteilung über die Optionen für die Schaffung eines Systems zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus in der Europäischen Union vorgelegt. Den Vorarbeiten für diese Mitteilung gingen Konsultationen mit den Mitgliedstaaten und eine Studie eines externen Auftragnehmers voraus.

Die Mitteilung der Kommission geht auf den Beschluss vom 13. Juli 2010 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der Europäischen Union an die Vereinigten Staaten von Amerika für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus ("TFTP-Abkommen") zurück, in dem der Rat die Kommission auf Wunsch des Europäischen Parlaments aufgefordert hat, "einen rechtlichen und technischen Rahmen für die Extraktion der Daten auf dem Gebiet der EU" zu prüfen. Das Parlament wünschte eine solche Prüfung, weil es ernste Bedenken angesichts der Übermittlung großer Mengen personenbezogener Daten an ein Drittland hatte. Zum besseren Verständnis ist darauf hinzuweisen, dass die Einwände des Parlaments sowohl die Übermittlung von Daten an ein Drittland als auch die Speicherung großer Mengen personenbezogener Daten von unbescholtenen Bürgern betrafen.

Die erklärten Hauptziele des von der Kommission vorgeschlagenen Systems sind folgende:

- 1) Gewährleistung eines wirksamen Instruments zur Prävention und zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und
- 2) Beschränkung der Übermittlung personenbezogener Daten an Drittländer.

## **II. Weiteres Vorgehen**

In der CATS-Sitzung vom 5./6. September 2011 hat eine Orientierungsaussprache über die genannte Mitteilung stattgefunden. Generell begrüßten die Mitgliedstaaten die Mitteilung wie auch die Gelegenheit, zur Arbeit der Kommission an dem diesbezüglichen Gesetzgebungsvorschlag beitragen zu können.

Den anfänglichen Bemerkungen der Mehrheit der Delegationen ist zu entnehmen, dass die Haltung zu dem System zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus generell positiv ist, wobei allerdings auch gesagt wurde, dass der Gesetzgebungsvorschlag noch überarbeitet werden muss.

Es wurde jedoch ein allgemeines Einvernehmen darüber zum Ausdruck gebracht, dass es noch einer eingehenderen Analyse bedarf und die Kommission deshalb eine Folgenabschätzung durchführen muss. Dadurch sollten die Mitgliedstaaten ein umfassendes Bild von den praktischen, finanziellen und rechtlichen Aspekten eines möglichen zukünftigen Systems zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus und seines Zusatznutzens erhalten.

Auch die Frage der Kosten des Systems wurde zur Sprache gebracht. Eine große Zahl von Delegationen erklärten, dass die Folgenabschätzung eine detaillierte Kostenschätzung enthalten müsse, die auch den Fall einer etwaigen Ausweitung des Anwendungsbereichs des Systems auf andere ernste Bedrohungen der internen Sicherheit als den Terrorismus einbeziehen sollte.

Einige Mitgliedstaaten brachten ihr Anliegen zum Ausdruck, dass die gute Zusammenarbeit im Rahmen des TFTP-Abkommens zwischen der EU und den USA von 2010 nicht beeinträchtigt werden dürfte, insbesondere angesichts der positiven Bewertung der Zusammenarbeit mit dem TFTP der USA, auf die Europol und der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung<sup>1</sup> vor allem mit Blick auf die Erfahrungen im Zusammenhang mit den Angriffen in Norwegen im Juli dieses Jahres hingewiesen haben.

Der Vorsitz hält es daher für notwendig, dass der Rat auf politischer Ebene die Richtung aufzeigt, welche die Kommission im Hinblick auf einen etwaigen Gesetzgebungsvorschlag zu einem europäischen System zum Aufspüren der Terrorismusfinanzierung einschlagen sollte.

Wie ausdrücklich in der CATS-Sitzung von Anfang September erklärt wurde, beabsichtigt der Vorsitz, eine Aussprache auf Ministerebene zu führen, um die Kommission bei ihrer Arbeit im Hinblick auf einen etwaigen künftigen TFTP-Gesetzgebungsvorschlag zu unterstützen. Zugleich prüft der Vorsitz, inwieweit diese Frage noch mit Wirtschafts- und Finanzexperten eingehender geprüft werden muss.

*Der Rat wird ersucht, sich mit den folgenden Fragen zu befassen:*

- 1. Sind die Minister der Ansicht, dass ein operativer Bedarf besteht, ein System zum Aufspüren der Terrorismusfinanzierung zu schaffen, und sind sie überzeugt, dass ein solches System gegenüber dem bereits bestehenden Mechanismus einen potenziellen Zusatznutzen haben wird?*
- 2. Falls dies bejaht wird, welches sind die wichtigsten offenen Fragen, die von der Kommission im Rahmen ihrer weiteren Vorbereitungsarbeiten behandelt werden sollten?*
- 3. Wie wird sich nach Ansicht der Minister ein mögliches künftiges europäisches System zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus auf die Zusammenarbeit mit dem TFTP der USA im Rahmen des TFTP-Abkommens zwischen der EU und den USA von 2010 und auf die Interaktion bei dieser Zusammenarbeit auswirken?*

---

<sup>1</sup> In seinem regelmäßigen Bericht (Strategie der EU zur Terrorismusbekämpfung – Diskussionspapier, Dok. 10622/11 vom 27. Mai 2011) hat der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung auch auf die Bedeutung der Initiative für ein europäisches System zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus hingewiesen.